

---

FDP Rödermark

## **SCHULENTWICKLUNGSPLAN DES KREISES IST DAS PAPIER NICHT WERT**

03.06.2018

---

### **Stellungnahme der FDP Rödermark zum Schulentwicklungsplan des Kreises Offenbach**

12 Jahre nach Veröffentlichung des letzten Schulentwicklungsplans liegt nun ein neuer Planentwurf des Kreises vor. Das vorgelegte 353-Seiten Werk hat in unseren Augen weder das Wort „Plan“ und schon gar nicht das Wort „Entwicklung“ verdient. Es lässt sich keinerlei Konzeption erkennen, keine einzige Antwort auf die drängenden Fragen, die sich aus den dargebotenen Zahlen und vor allem aus der Realität an den Schulen im Kreis ergeben.

Deutschland hat keine Bodenschätze, unsere wichtigste Ressource ist Bildung. Diese Ressource wird in den letzten Jahrzehnten immer weniger genutzt, es werden Fehler gemacht, geänderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen führen nicht zu nötigen Veränderungen auch im politischen Handeln. Die FDP hat die Wichtigkeit des Themas erkannt und es z.B. zu einem zentralen Wahlkampfthema im kommenden Landtagswahlkampf gemacht. Und gerade deshalb, weil für uns eine wirklich gute Bildung für alle den höchsten Stellenwert hat, können wir als FDP diese lustlose Ansammlung von Zahlen, die sich Beratungsexemplar des Schulentwicklungsplans 2018 nennt, so nicht hinnehmen und akzeptieren.

Bevor wir zu konkreten Kritikpunkten am vorliegenden Entwurf kommen, möchten wir unsere Erwartungen an den Kreis in Bezug auf die Planung von Schulen in den nächsten 10 Jahren formulieren. Basis einer vernünftigen Schulplanung sind korrekte Ist-Zahlen der Schüler an den Schulen sowie gute Prognosen hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung in den schulpflichtigen Altersklassen.

Das Zweites eine äußerst schwierige Aufgabe ist, ist jedem Beteiligten klar. Noch 2010

war auch im Kreisgebiet mittelfristig von einer leicht sinkenden Bevölkerung die Rede, die Geburtenjahrgänge stagnierten oder nahmen sogar ab, durch G8 wurden zusätzliche Kapazitäten frei, niemand hat in dieser Zeit an die Notwendigkeit von Schulneubauten gedacht, lediglich das Betreuungsthema war an der einen oder anderen Stelle für Zubauten verantwortlich. 2018 sieht alles anders aus: die Geburtenrate ist um 0.15 pro Frau gestiegen, auch das südliche Rhein-Main-Gebiet sieht sich eines starken Zuzugs hauptsächlich der arbeitenden Bevölkerung ausgesetzt, wodurch sich die Kinderzahl überdurchschnittlich erhöht und der Kreis musste den Zuzug von mehreren Tausend Geflüchteten inklusive einiger Hundert Kinder verkraften, der so nicht voraussehbar war. All das zeigt, dass eine verlässliche Schätzung von Schülerzahlen über einen längeren Zeitraum nicht möglich ist. Aus den Ist-Zahlen sollte sich eine recht genaue Projektion für die nächsten 2 Jahre ableiten können. Spätestens dann ist die Planung zu evaluieren, sind die fortgeschriebenen Zahlen mit den Ist-Zahlen abzugleichen und der Plan entsprechend anzupassen.

Dennoch sollte eine Schulentwicklungsplanung für jede Schule aufzeigen, in welchem Rahmen sich die Schülerzahlen in den nächsten Jahren bewegen könnten, ob die räumlichen Kapazitäten für die prognostizierten Zahlen ausreichen, ob sich die Planzahlen langfristig über der Ist-Kapazität bewegen oder nur vorübergehend, ob man also mit einer temporären Kapazitätsaufstockung am Standort auskommt, ob ein langfristiger Ausbau am Standort möglich und nötig ist oder ob man gar an anderer Stelle einen Schulneubau verwirklichen muss. Bis neue Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen, vergehen meist mehrere Jahre, insbesondere bei Schulneubauten. Daher ist eine rechtzeitige und vorausschauende Planung hier so wichtig. Dieser gesamte Komplex findet im Schulentwicklungsplan nicht statt, man läuft hier sehenden Auges in die Katastrophe. Es sei an dieser Stelle nur noch einmal daran erinnert, dass eine Schulpflicht herrscht und der Kreis als Schulträger verpflichtet ist, Räumlichkeiten für die Beschulung bereitzustellen, die den Standards entsprechen.

In einem Schulentwicklungsplan erwarten wir auch eine übersichtliche Darstellung der aktuell vorliegenden Schülerströme. Wo kommen die Schüler einer Schule her? Gibt es hierbei Trends, die für die Zukunft wichtig werden könnten? Bei einigen Schulen und Gemeinden findet man hierzu einzelne Informationen, eine Gesamtübersicht der Schülerströme fehlt hingegen völlig.

Auch die folgenden Argumente und Kritikpunkte sind allgemein gültig, gelten für alle Schulstandorte im Kreis und sind nicht rödermarkspezifisch.

Den Schülern ein Schulgebäude hinzustellen ist eine Sache, für eine gute Bildung bedarf es aber mehr. Das Lernumfeld muss stimmen, für Schülerinnen und Schüler (SuS) wie für Lehrer.

- Fehlt es einer Schule an Räumlichkeiten, werden oft als erstes Fachräume umgewidmet. Dann wird Biologieunterricht, Physik- und Chemieunterricht, Musik- und Kunstunterricht vermehrt in den Klassenräumen durchgeführt – ohne passendes Equipment, ohne die Möglichkeit von Selbstversuchen und damit ganz eindeutig zu lasten der Unterrichtsqualität. Das darf nicht sein, die Schulen müssen mit einer ausreichenden Anzahl an Fachräumen ausgestattet sein, die auch bei ausgelasteter Kapazität für alle Klassen zur Verfügung stehen.  
Dieser Aspekt wird im Schulentwicklungsplan nicht berücksichtigt.
- Schüler brauchen Bewegungsmöglichkeiten in den Pausen als Ausgleich für stundenlanges Sitzen. Daher sollten die Schulhöfe mit vielfältigen Möglichkeiten der Bewegungsgestaltung ausgestattet sein. Mehr Schüler bedeuten für sich genommen schon weniger Freiraum pro Schüler. Wenn dieser dann auch noch durch Container oder permanente Erweiterungsbauten eingeschränkt wird, fehlt die Bewegungsfreiheit in den Pausen, Pausen werden aufgrund der Enge zum Stress und nicht zur Erholung, die schulischen Leistungen sinken. Eine Untergrenze der Freifläche pro Schüler sollte daher nicht unterschritten werden. Aus planerischen und finanziellen Aspekten wird dieser Punkt leider oft völlig beiseitegeschoben.  
Schulen lassen sich nicht unbegrenzt erweitern.
- Ähnliches gilt für Sporthallen. Schon heute müssen Sporthallen oft geteilt werden, weil es an einer Schule deutlich mehr Klassen als Zeitfenster in den Hallen gibt. Bei Erhöhung der Kapazität wird die 3. Sportstunde dann gerne mal – oft sinnfrei – in den Pausenhof gelegt oder fällt ganz aus. Wenn Schulen ausgebaut werden und die Klassenzahlen steigen, muss auch daran gedacht werden, die Schulsporthallen mit auszubauen. Davon liest man im Schulentwicklungsplan nichts.
- Ein ganz wichtiger Punkt bei einer guten Bildung sind gute und motivierte Lehrer. Mehr Klassen bedeutet ein größeres Kollegium – bei gleichbleibender Größe des Lehrerzimmers. Lehrer, die in ihrer Pause stehen müssen, Schlangen am Kopierer,

viel zu wenig Vorbereitungs- und Rückzugsräume ganz zu schweigen von Besprechungsräumen – die Motivation der Lehrkräfte und auch die Qualität deren Unterrichts hängen ganz entscheidend auch von den Ihnen zur Verfügung stehenden Arbeitsbedingungen und damit den Räumlichkeiten ab. Daran wird viel zu selten gedacht. Die Wichtigkeit von Schulsozialarbeit, von Elterngesprächen mit Eltern von problematischer Kinder, von differenzierten Lernmöglichkeiten nimmt weiter zu. Auch dazu braucht man Räumlichkeiten, die es bei einer Planung auf Zuruf, bei der es immer nur um die reinen Beschulungsräume der Kinder geht, in der Regel ganz hinten stehen. All das findet im Schulentwicklungsplan keine Berücksichtigung, der Entwurf gefährdet so die schon jetzt nicht sehr hohe Qualität an den Schulen mittelfristig in signifikantem Maße.

- Eine Schule funktioniert dann am besten, wenn sich das Kollegium kennt und einander vertraut, wenn die Kinder die Chance haben, ihre Jahrgänge und ihre Lehrer zu kennen, wenn es wenig Anonymität in und viel Identifikation mit der Schule gibt. Auch dieser Aspekt entscheidet über gute Bildung. Allein schon aus diesem Grund sollten Schulen eine gewisse Mindestgröße bzgl. Schülerzahl nicht überschreiten. Auch organisatorisch ist eine zu große Schule für die Schulleitung kaum noch händelbar. Die Stundenplanung wird immer Schwieriger, Vertretungsunterricht ist kaum noch organisierbar, bei zunehmender Anonymität nimmt das persönliche Engagement von Lehrern und Schülern außerhalb des Unterrichts spürbar ab. Es macht daher keinen Sinn, Schulen wie im Schulentwicklungsplan zu Hauf geschehen, unbegrenzt wachsen zu lassen. Es sollte keine Grundschule mit mehr als 500 Schülern geben und die Obergrenze für eine weiterführende Schule sollte bei 1300-1500 Schüler liegen. 2200 Schüler wie bei der Fortschreibung der Weibelfeldschule angegeben, sind nicht denkbar. Bei Überschreitung dieser organisatorischen Kapazitätsgrenze sollte unabhängig vom eventuell noch vorhandenen Platz auf dem Schulgelände automatisch an Schülerlenkung und an Schulneugründungen an anderer Stelle gearbeitet werden.
- Schülerlenkung und Schülerströme haben etwas mit Schülertransport zu tun. Auch für die Kreisverkehrsgesellschaft ist der Schulentwicklungsplan ein sehr wichtiges Werk, den daraus sollten im Normalfall die Schülerströme der nahen Zukunft ablesbar sein, so dass der Bedarf an Schul- und Linienbussen auf den einzelnen Linien erkannt werden und gedeckt werden kann. Auch diese Informationen fehlen

völlig.

- Wenn man mit Zahlen arbeitet, sollten diese Zahlen zum einen verlässlich und zum anderen überprüfbar sein. Dass die Zahlen aus unserer Sicht nicht verlässlich sind, zeigen wir später, aber die Überprüfbarkeit lässt sich leicht herstellen, in dem man die Quellen angibt. Diese Quellenangaben kommen im Schulentwicklungsplan viel zu kurz, viele der Zahlen sind daher nicht nachvollziehbar, an vielen Stellen widersprechen sie sich sogar.
- Bei den Grafiken bzgl. der Bevölkerungsstrukturen nutzt man Zahlen mit dem Stichtag 31.12.2014, wo der Kreis nachweislich noch über 10.000 Einwohner weniger hatte und noch keine Ströme von Geflüchteten den Kreis erreicht haben. Diese für die Schulplanung wesentlichen Daten liegen in den Gemeinden und im Kreis auch in weit aktuellerer Form vor bzw. können leicht erstellt werden. Warum wurde das nicht getan? Mittlerweile liegen auch die Bevölkerungsdaten vom 31.12.2017 vor und sollten in der zu verabschiedenden Fassung Eingang finden.
- Viele Gemeinden planen Neubaugebiete und haben diesbezüglich eigene Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung vorgenommen. Warum hat man nicht solche Gemeindedaten in den Plan integriert und stattdessen große, feststehende Projekte, die für die mittelfristige Planung ganz entscheidend sind (wie z.B. das große zukünftige Baugebiet zwischen Rodgau-Jügesheim und Rodgau-Hainhausen), ganz außer acht gelassen?
- Im Schulentwicklungsplan 2006 wurde für jede Schule der Stand der Sanierungen sowie die geplanten Sanierungen/räumlichen Änderungen an der Schule angeben. So konnte man dort auf einem Blick erkennen, ob und in welchem Maße eine Schule an PPP beteiligt war und davon profitierte. Diese Infos fehlen im aktuellen Plan völlig, man erkennt nicht, was an einer Schule bereits gemacht wurde und welchen Sanierungsbedarf es noch gibt. So findet man z.B. jetzt keinen Hinweis mehr, dass in Rödermark die Dependance Breidertschule wie auch die Oswald-von-Nell-Breuning-Schule nicht im PPP-Programm waren und daher noch teils erheblichen Sanierungsbedarf aufweisen.

Kommen wir nun zu den Rödermark-spezifischen Punkten. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Zahlen nicht stimmen und Schultourismus und Schülerlenkungsmaßnahmen für uns nicht mehr länger hinnehmbar sind. Rödermark ist

die einzige Kommune über 25.000 Einwohnern mit nur einer weiterführenden Schule und die einzige Kommune über 15.000 Einwohnern, wo 50 % eines Jahrgangs eine weiterführende Schule außerhalb ihres Wohnortes besuchen.

- Die prognostizierten Steigerungen der Schülerzahlen im Grundschulbereich, und hier insbesondere an der Schule an den Linden, sind nicht schlüssig. Die aktuellen Altersjahrgänge 2012-2016 in Rödermark liegen zwischen 243 und 269. Für das Schuljahr 2022/23 errechnet sich daraus z.B. eine Schülerzahl in den beiden Grundschulen von 1025 (ohne positives Wanderungssaldo). Der Anteil Urberachs an der Gesamtschülerzahl lag in der Vergangenheit bei etwa 45 % (ca. 460 Schüler). In Urberach sind aktuell keine weiteren Baugebiete geplant. Selbst bei gewagten Annahme eines anhaltenden Zuzugs von 3,9 % jährlich (+18 Schüler) erschließen sich die prognostizierten 600 Schüler für dieses Schuljahr nicht. Folglich differieren die eigenen Schätzzahlen der Stadt Rödermark von denen des Kreises deutlich.  
Auch diese Zahl 3,9% selbst darf angezweifelt werden, denn in diesen Zuzugszahlen sind auch der Zuzug in die Neubaugebiete/-projekte der Jahre bis 2015 enthalten. In den Schätzungen danach wird diese Zahl als Basis genommen und der Zuzug in künftige Neubaugebiete noch separat hinzugerechnet – ein systematischer Fehler, der die Prozentzahl ungerechtfertigt erhöht.
- Dagegen erscheinen die Prognosen für die Trinkbornschule etwas niedrig. Aus den heutigen Jahrgangsstärken errechnet sich für das Musterschuljahr eine Schülerzahl von 565 Schülern. Hinzu kommen ca. 80 Schüler aus den in Planung befindlichen Neubauprojekten (Prognose Stadt Rödermark), so dass in der Prognose des Kreises für die nächsten 5 Jahre praktisch kein weiterer Zuzug eingespiegelt ist.
- Schon für das kommende Schuljahr 2018/2019 existiert eine große Diskrepanz zwischen den für die Oswald-von-Nell-Breuning-Schule (NBS) prognostizierten Zahlen und den tatsächlichen Anmeldezahlen (die endgültigen Zahlen liegen uns noch nicht vor, aber bereits vor der Zuteilung durch das Schulamt differieren diese Zahlen deutlich). Für die Mittelstufe heißt das: prognostiziert 147, Anmeldungen 156, nach Zuteilung über 170, für die Oberstufe heißt das: prognostiziert 97, Anmeldungen 132, nach Zuteilung wohl über 140 SuS. Wie ernst zu nehmen sind unter diesen Umständen dann die Prognosen bis 2028, wenn es bereits im ersten

Jahr zu Abweichungen von über 40 % kommt?

- In diesem Zusammenhang muss außerdem hinterfragt werden, wie sinnvoll es ist, für Schulen Schülerzahlen zu prognostizieren, für die es keine räumlichen Kapazitäten gibt und auch kurzfristig keine darzustellen sind. Beispiel hierfür ist die Weibelfeldschule in Dreieich, die heute schon mit 1650 Schülerinnen und Schülern eine kaum noch organisierbare Größe erreicht hat und deren aktuelle Kapazität laut Schulleitung ausgeschöpft ist. Dies führt dazu, dass in diesem Jahr viele Rödermärker Schüler (und die Schule nimmt sonst 1/3 aller Urberacher Schüler auf) dort abgelehnt wurden und sich nun auf andere Schulen verteilen müssen (hauptsächlich Nell-Breuning-Schule). Solche Entwicklungen sind absehbar und sollten in einem Schulentwicklungsplan Berücksichtigung finden. Es macht doch keinen Sinn, nur eine Zahlenfortschreibung zu machen mit der Annahme, dass die Raumkapazitäten endlos sind! Es gehört zwingend eine zweite Zahlenreihe hinzu, die klar macht, dass es eine Kapazitätsobergrenze gibt und bei der die Schülerzahlen erst wieder ansteigen, wenn voraussichtlich eine räumliche Kapazitätserweiterung vorliegt und benutzt werden kann.
- Die Dependance der Trinkbornschule im Breidert, kurz Breidertschule, war nicht Bestandteil des PPP-Programms, auch weil sie vor 15 Jahren aufgrund prognostizierter sinkender Schülerzahlen mittelfristig auf der Kippe stand. Davon kann heute keine Rede mehr sein, die Trinkbornschule hat ihre Position als größte Grundschule des Kreises gehalten und ausgebaut. Die Breidertschule in ihrer jetzigen Form ist nicht zukunftsfähig. Es gibt in vielen Bereichen dringenden Sanierungsbedarf, vor allem im Bereich des Pavillons. Es gibt keine ausreichenden und keine geeigneten Räumlichkeiten für Schulkindbetreuung. Daher muss aus Sicht der FDP Rödermark hier zwingend ein Umbau/Neubau stattfinden, der die Raumkapazität erweitert und auch für die Zukunft ausreichende Räumlichkeiten für Betreuung bereitstellt. In diesem Punkt sind sich alle Fraktionen einig. Ob die Schule wie von anderen gefordert zwingend eigenständig werden muss, sei dahingestellt, gerechtfertigt wäre es allemal. Platz auf dem Schulgelände ist vorhanden.
- Sollten die Prognosen für Urberach zutreffen, reichen die räumlichen Kapazitäten mittelfristig nicht mehr aus. Auch hier ist dann ein weiterer Anbau nötig. Der Platz auf dem Schulgelände ist vorhanden, geht aber zu Lasten des Sportplatzes. Während der Ausbau der Breidertschule zwingend notwendig ist und neue

Räumlichkeiten spätestens in 2 Jahren zur Verfügung stehen müssen, hat der Kreis in Urberach mehr Zeit. Ein Ausbau an anderer Stelle im Kreis hat sicherlich höhere Priorität. Hier müssen die tatsächlichen Schülerzahlen in den nächsten 3 Jahren genau beobachtet werden.

- Mit der NBS besitzt Rödermark nur eine weiterführende Schule mit einer Schulform, die für viele Kinder zwar sinnvoll ist und die besten Chancen bietet, aber von den meisten Eltern ungeliebt ist. Nach Jahren des Hypes, die Anbauten in Form von Pavillons erforderte und die NBS zur größten Schule des Kreises machte, hat sich der Zuspruch beruhigt und die Schule ist diesen Titel losgeworden. Auch deshalb, weil es sich gezeigt hat, dass 1750 Schüler an einer Schule zu viel sind, die Organisation der Schule nicht mehr gut funktionierte, Schüler wie Eltern dies mitbekommen haben und sich für andere Schulen entschieden haben.

Die Schule besitzt aktuell noch räumliche Kapazitäten, ein weiterer Ausbau nach Ausschöpfung dieser Kapazitäten ist aus unserer Sicht aber nicht sinnvoll. Der Platz ist zwar noch Vorhanden ginge aber auch zu Lasten von Pausenraum und Außensportanlagen.

Die Schule wurde Ende der 90er Jahre teilsaniert und war deshalb nicht Bestandteil des PPP-Projekts. In einigen Bereichen hinkt die Schule daher den anderen Schulen im Kreis hinterher. Gerade im Bereich der naturwissenschaftlichen Räume gibt es großen Sanierungsbedarf.

Die im Schulentwicklungsplan genannten Schülerprognosen halten wir – wie die Realität 2018 zeigt – für nicht haltbar. Danach wäre die NBS die einzige weiterführende Schule im Kreisgebiet mit sinkenden Schülerzahlen in den nächsten Jahren. Die Oberstufe würde sich am Rande der Organisierbarkeit befinden.

Weniger Schüler bedeuten weniger Kursangebote bedeuten weniger Attraktivität bedeuten noch weniger Anmeldungen. Für Rödermark wäre das eine noch weitere Schwächung als Schulstandort, der nicht hinnehmbar ist.

- Ein Rödermärker Altersjahrgang liegt aktuell bei 240-270 Kindern und soll laut Prognosen in 5 Jahren bei 260-300 Kindern liegen. Bei einer angenommenen Abiturquote von 60 % bedeuten 260 Kinder im Jahrgang 2.000 SuS aus Rödermark, die weiterführende Schulen besuchen. Von den aktuell 1.250 SuS der NBS kommen rund 15 % nicht aus Rödermark. Das heißt, die heimische Schule beschult nicht einmal 60 % aller SuS aus Rödermark, über 800 SuS besuchen Schulen außerhalb

des Stadtgebietes. Diese Zahlen sind Schätzungen, die sich aus den Zahlen der Kindertagesstättenbedarfspläne der Stadt Rödermark sowie aus dem Schulentwicklungsplan ableSEN lassen.

Laut Schulentwicklungsplan soll die Schülerzahl allein in Dreieich in den nächsten 10 Jahren um über 1.000 ansteigen, in Heusenstamm sind es 440. Wenn aktuell über 400 Rödermärker Schüler Dreieicher Schulen besuchen und fast über 150 nach Heusenstamm gehen, macht es doch keinen Sinn ausschließlich in den Zielkommunen über Schulneubauten nachzudenken. Viel sinnvoller ist es doch in den Quellkommunen neue Kapazitäten zu schaffen, die die bisherigen Zielschulen zu entlasten. Ein Schulneubau in Rödermark nimmt den Druck für Schulneubauten in Dreieich und Heusenstamm. Eine Schule in Urberach könnte z.B. auch Schüler aus Offenthal aufnehmen.

Die bei Eltern am meisten nachgefragte Schulform ist das Gymnasium. Deutlich mehr als die Hälfte aller Eltern bevorzugt diese Schulform für ihre Kinder – mit weiter zunehmender Tendenz. Das dieser Trend zu einer Verwässerung des Gymnasium führt, dass sowohl die H&R-Schulen, die immer weniger bessere Schüler bekommen, als auch die Gymnasien, die sich mit immer mehr Durchschnitt beschäftigen müssen, schwächt und ein Teil der Bildungsmisere in Deutschland ist, spielt hier erst einmal keine Rolle. Wir müssen mit dem Eltern- und damit dem Wählerwunsch umgehen. Daher kann es sich bei einem zusätzlichen Angebot für die Sekundarstufe 2 in Rödermark nur um ein reines Gymnasium handeln. Das ist die einstimmige Forderung der FDP Rödermark seit vielen Jahren. Im Schulentwicklungsplan ist bislang keine Option für eine Schulneugründung in Rödermark vorhanden. Die besonders nachteilige Situation für Rödermark wird völlig ausgeblendet.

- Bereits 2014 trat der Fall ein, dass beide Dreieicher Schulen Rödermärker Schüler aus Kapazitätsgründen ablehnen mussten. Auch Heusenstamm hatte nicht genügend Zusatzkapazitäten, so dass die Eltern für ihre Kinder entweder nicht die gewünschte Schulform realisieren konnten oder enorm lange und komplizierte Schulwege in Kauf genommen werden mussten (z.B. zum Gymnasium in Neu-Isenburg). Auch 2018 wurden wieder viele Rödermärker Kinder von ihren Wunschschulen abgelehnt. Dies ist eine eindeutige Benachteiligung Rödermärker Eltern und SuS, die nicht hingenommen werden kann. Der bisherige Entwurf des

Schulentwicklungsplan zementiert diesen Standortnachteil Rödermarks und zeigt keine Perspektive auf.

- Die Wunschvorstellung der FDP Rödermark für die Zukunft ist schnell formuliert:
  - 1.) Schnellstmöglicher Ausbau/Umbau/Neubau der Breidertschule als vollständige 2-zügige Grundschule mit Räumen für Betreuung und Mittagsverpflegung. Organisatorische Eigenständigkeit der Breidertschule als 3. Rödermärker Grundschule.
  - 2.) Schaffung weiterer räumlicher Kapazitäten (4 Klassenräume) an der Schule an den Linden in Hinblick auf die steigenden Bedarfe Mitte bis Ende der 2020er Jahre.
  - 3) Neugründung und Bau eines Mittelstufengymnasiums in Urberach. Hier könnten innerhalb von 3-4 Jahren entsprechende Grundstücke, die von der Dreieichbahn aus erreichbar sind, bereitgestellt werden. Außerdem ist Urberach für Schüler aus Offenthal und Messel leichter zu erreichen und Urberach hat mit aktuell 65 % Auspendlern den größten Bedarf.
  - 4) Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume an der Nell-Breuning-Schule zur Steigerung der Attraktivität .
  - 5) Neubau eines Oberstufengebäudes an der NBS. So würde die Oberstufe an der NBS deutlich aufgewertet, die heute teilweise unzureichenden Bedingungen würden verbessert und
  - 6) am Standort der NBS könnte die gemeinsame gymnasiale Oberstufe für Rödermark verwirklicht werden. Dies würde Synergien mit sich bringen und die Kosten für den Kreis im Vergleich zu einem Neubau eines Gymnasiums mit eigener Oberstufe deutlich reduzieren. Wobei wir uns gegen den letztgenannten Fall nicht zur Wehr setzen würden.

Gute Bildung braucht gute Schulen, und das heißt nehmen einer guten Personalausstattung vor allem ein gutes Lernumfeld, d.h. ausreichend Raum zum Lernen und zum Aufenthalt, ein gutes Arbeitsumfeld, d.h. Räume zum Arbeiten und Differenzieren für Schüler und Lehrern, kurzum: gute Schule braucht Raum.

An vielen Stellen werden die vorhandenen Kapazitäten nicht ausreichend. Es müssen neue Kapazitäten geschaffen werden. Auch wenn der Bedarf durch in 20 Jahren wieder sinkende Schülerzahlen vielleicht nicht langfristig erscheint, sollte es uns die Bildung es wert sein, im kommenden Jahrzehnt diese Lernräume zu schaffen. Nur mit Mitteln aus

Investitionsprogrammen ist das nicht machbar. Es muss dem Staat und den Bürgern klargemacht werden, dass die für uns so wichtige Ressource Bildung nicht zum Nulltarif zu bekommen ist, dass sich diese Investitionen aber langfristig wie keine anderen bezahlt machen werden.

Der Kreis sollte die benötigten Räume dort schaffen, wo die Klientel zu Hause ist und er sollte sie so schnell wie möglich schaffen, damit die Lernbedingungen nicht noch schlechter werden. Räume kann man immer nutzen: ob als Räume für Betreuungsangebote, als dringend benötigte zusätzliche Lehrerarbeitsplätze, als Räume für die immer wichtiger werdende Schulsozialarbeit, die versucht, fehlende soziale Erziehung im Elternhaus aufzufangen und auszugleichen, als Lernräume für Kleingruppen und Differenzierungsräume. Räume zu schaffen macht Sinn. Dafür sollte die FDP stehen.

FDP-Fraktion Rödermark

im Mai 2018